



PENSIONSSPEKULANT KASSIERT FÜR Anschlag auf unser

Protest gegen Pensionsexperten

In letzter Zeit konnte man von sogenannten Pensionsexperten immer öfter lesen, dass die Pensionen den Staatshaushalt zu sehr belasten. Gemeint sind da nicht die Pensionen der Hof- und Ministerialräte oder die Politikerpensionen, sondern die Pensionen der Arbeiter und Angestellten.

Besonders die Hacklerregelung, die bis zum Jahr 2013 verlängert wurde, regt diese „Experten“ gewaltig auf. Durch diese Regelung können Männer mit 45 Versicherungsjahren (Frauen mit 40 Versicherungsjahren) bereits mit 60 Jahren (Frauen mit 55 Jahren) in Pension gehen. Bei diesen Pensionen gibt es keinen Abschlag, außer Lohnsteuer und Krankenkassenbeitrag, denn bei anderen Pensionen (z.B. Invaliditätspensionen) werden bei Männern pro Jahr vor dem 65. Lebensjahr (Frauen 60. Lebensjahr) vier Prozent von der errechneten Pension abgezogen, höchstens 15 Prozent. Die Jungen werden mehr oder weniger direkt aufgefordert, Verträge für eine Privatpension abzuschließen, da man ihnen erklärt, in Zukunft wären die Pensionen nicht mehr finanzierbar.

Laut Aussendungen des Sozialministeriums beträgt der Staatszuschuss für die Pensionen im heurigen Jahr zirka sieben Milliarden Euro. Interessant wäre zu erfahren, wie viele Milliarden davon durch Steuern der Pensionisten bezahlt werden. Bei jedem Einkauf sind im Preis 10 oder 20 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Bei den etwas höheren Pensionen ist die Lohnsteuerbelastung enorm hoch.

In Österreich gibt es über 70.000 Euro-Millionäre, jedes Jahr kommen einige tausend dazu. Und da wird von verschiedenen Politikern und „Experten“ die Meinung vertreten, im kommenden Jahr keine Pensionsanpassung an die gestiegenen Preise vorzunehmen. Wir fordern eine Reichensteuer einzuführen. Es liegt auch an den Pensionisten, ob die Regierung es wagt, nur die unteren Schichten zu belasten und die Reichen zu schonen.

Bei der Landtagswahl am 26. September 2010 muss die Partei der „kleinen Leute“ gestärkt hervorgehen – nur die Stimmen für die KPÖ sind Proteststimmen.

Alfred Froschauer

Wes Geistes Kind manche Politiker sind, lässt sich an der Einstellung ihrer Berater ablesen, für die sie Millionen Euro lockermachen. Vor kurzem etwa hatte Hermann Schützenhöfer den „Pensionsexperten“ Bert Rürup zu Gast.

Wo Rürup auftaucht, sind die Pensionen in Gefahr. Nicht genug damit, dass der Wirtschaftsprofessor statt für das krisenfeste Umlageverfahren (die aktiven Arbeitskräfte zahlen die Pensionen der Nicht-mehr-Aktiven) für die krisengefährdete Kapitalanlage zur Pensionsfinanzierung eintritt, macht er sich bei jeder Gelegenheit auch für ein Pensionseintrittsalter von 67 Jahren stark. Und das, obwohl offensichtlich ist, dass Beschäftigte, die mit 50 und mehr Jahren ihre Arbeit verlieren, nur mehr ausnahmsweise einen neuen Job finden. Wer für eine längere Lebensarbeitszeit eintritt, versucht daher, die Pensionsversicherungen auf Kosten des AMS und auf dem Rücken der Betroffenen zu sanieren.

Was will aber Hermann Schützenhöfer, der steirische Mochtegern-Landeshauptmann, mit Herrn Rürup? Seiner Bewunderung dürfte selbst die Tatsache keinen Abbruch getan haben, dass Rürup (Jahrgang 1943) nach seiner Pensionierung als Uniprofessor 2008 zu AWD, dem zweitgrößten deutschen Finanzdienstleister, wechselte - als Chefökonom und Sonderberater für private Alterspensionen.

AWD-Konzerngründer Carsten Maschmeyer freute sich, dass beim Aufrollen der Märk-

Pensionsantrag stellen!

Alle Voraussetzungen erfüllt, aber trotzdem keine Pension – das passiert, wenn kein Pensionsantrag gestellt wurde und kommt laut Arbeiterkammer immer wieder vor, wenn sich Arbeitende darauf verlassen, dass Arbeitgeber zusammen mit der Kündigung einen Pensionsantrag stellen. Wenn der Antrag ausbleibt, fehlt nicht nur die Pension, sondern auch die Krankenversicherung! Auch für alle anderen Geldbezüge aus der Sozialversicherung (Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung, Karenzgeld, Wochengeld) gilt: Ohne Antrag beim zuständigen Sozialversicherungsträger (Gebietskrankenkasse, AMS) gibt es keine Leistung.

In Sachen Pension raten wir, den Antrag schon 2 bis 3 Monate vor Ende des Dienstverhältnisses zu stellen. Infos dazu gibt die Arbeiterkammer unter Tel. (050) 6906-1.